



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0745

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

19.05.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	31.05.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Echte Solidarität mit Familien – Elternbeiträge erneut erlassen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2021

Anlage/n:

0745 - Antrag

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de
http://cdufraktion-lev.de

Unser Zeichen: dip /sth

Leverkusen, 19. Mai 2021

Echte Solidarität mit Familien – Elternbeiträge erneut erlassen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

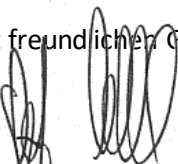
Die Stadt Leverkusen erlässt den Familien die Beiträge für die Tagespflege, die Kindertageseinrichtung sowie die Offene Ganztagsbetreuung inklusive ggf. zusätzlichem Essensgeld vom 1. April bis 31. Juli 2021 – unabhängig von in Anspruch genommener Notbetreuung oder Betreuung im eingeschränkten Regelbetrieb. Die Verwaltung wird die Landesregierung auffordern – entsprechend den Ankündigungen des zuständigen Ministers, Herrn Stamp – finanzielle Unterstützung für die Kommunen zu gewähren.

Begründung:

Bereits im Februar hat der Rat kontrovers über den Erlass der oben genannten Beiträge diskutiert. Die CDU-Fraktion vertritt eindeutig die Auffassung, dass unter anderem Familien die Hauptlast in der Pandemie tragen. Durch den Spagat der Kinderbetreuung Zuhause, vielfach kombiniert mit Home Office, haben Familien, wo immer es ging, signifikant dazu beigetragen, Infektionszahlen zu senken. Familien grundsätzlich und insbesondere in dieser schwierigen Situation finanziell zu entlasten, ist aus unserer Sicht selbstverständlich. Die Entlastung geht in alle Richtungen: Die Familien haben durch Eigenbetreuung die Einrichtungen und die Stadt entlastet sowie die Eltern, die ihre Kinder – oft in Sorge – in der Notbetreuung abgeben mussten, weil Home Office eben nicht möglich war. Bei weniger Kindern vor Ort sinkt auch das Infektionsrisiko in der Einrichtung. Aus unserer Sicht ist es daher nur folgerichtig, auch die Familien entsprechend zu entlasten.

Dies kann aus unserer Sicht aus rein bürokratischen Gründen schon ausschließlich flächendeckend für alle erfolgen. Darüber hinaus vertreten wir die Auffassung, dass ein Auseinanderdividieren derer, die aus vielfachen Gründen auf die Notbetreuung angewiesen waren und denen, die es im Sinne der Gemeinschaft privat stemmen konnten, der falsche Weg ist. Jede Familie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beigetragen, die Pandemie einzudämmen.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Hebbel
(Fraktionsvorsitzender)